

Bibliotheks Gesetze – Ein Weg aus dem Bibliothekssterben?

von Katrin Göring-Eckardt



Katrin Göring-Eckardt ist Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Landessprecherin Thüringen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien und seit Oktober 2005 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

Bibliotheken seien „die geistigen Tankstellen der Nation“, sagte einmal der Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Wollen wir in diesem Bild bleiben, dann steckt Deutschland in einer tiefen geistigen Energiekrise: Jährlich müssen in Deutschland mehrere hundert Öffentliche Bibliotheken schließen, viele andere sind von massiven Kürzungen betroffen. Die Internetseite www.bibliothekssterben.de legt hier von trauriges Zeugnis ab. Nach und nach bricht die für Kultur und Bildung so wichtige Infrastruktur aus Büchereien weg. Das ist um so problematischer, als die realen Nutzerzahlen de facto steigen. Mehr Menschen nutzen jährlich Bibliotheken als zu den Spielen der 1. Fußballbundesliga gehen. Öffentliche Bibliotheken sind ein ganz wesentlicher Bestandteil eines Gemeinwesens, das auf Informations- und Meinungsfreiheit gründet und es den Menschen ermöglicht, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“, wie es im Grundgesetz heißt. Gerade für eine moderne Wissensgesellschaft ist es nicht hinnehmbar, wenn wegen Kürzungen und Schließungen der breite und gleichberechtigte Zugang zu dem in Bibliotheken lagernden Wissen auf Dauer nicht mehr gewährleistet ist.

Bibliotheken besser im Bildungssystem verankern!

Obwohl in Deutschland die Worte „Informationsgesellschaft“ und „Wissensgesellschaft“ in aller Munde sind, gehören Bibliotheken hierzulande immer noch zu den „freiwilligen“ Einrichtungen der Kommunen. Unter Haushaltsengpässen der Kommunen haben Bibliotheken und ihr Personal deshalb immer mit als erste zu leiden. Aus der Freiwilligkeit der Bibliotheken in der Kommunalpolitik ergibt sich aber noch ein weiteres Problem: Bibliotheken zählen für die Länder nicht zu den Bildungseinrichtungen, weshalb in Deutschland keine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bibliotheken und Schulen stattfindet. Während im PISA-Weltmeisterland Finnland 100 % der Schulen entweder eine eigene Bibliothek haben oder mittelbar an Bibliotheken der Kommunen angeschlossen sind, ist dies in Deutschland nur bei etwa 10 % der Schulen der Fall! Es liegt deshalb auf der Hand, dass Bibliotheken auch in Deutschland viel stärker strategisch im Bildungssystem verankert werden müssen. Bisher sind kultur- und bildungspolitische Zielsetzungen aber kaum systematisch mit dem Bibliothekswesen verbunden, weil die Bibliotheken seltsam „ortlos“ zwischen den Bereichen Kultur und Bildung hin- und herwandern. Es fehlt ganz offensichtlich eine koordinierte Innovations- und Entwicklungspolitik für das Bibliothekswesen – auf Landesebene und erst Recht in der Politik des Bundes. Eine solche benötigen wir aber dringend, wenn wir eine zukunfts-



fähige Wissensgesellschaft sein wollen. Konkret würde dies bedeuten, dass wir dafür sorgen, dass Bibliotheken besser mit anderen Trägern von Kultur und Bildung kooperieren, dass alle Schularten, auch Vorschulen und Kindergärten, systematisch an Bibliotheken angeschlossen werden, dass anspruchsvolle Qualitätsstandards für die Ausbildung des Bibliothekspersonals formuliert werden, dass Bibliotheken als zentrale Agenturen des „lebenslangen Lernens“ begriffen werden etc. Völlig zu Recht fordern deshalb der

Dachverband Bibliothek & Information Deutschland e.V. (BID) und die Bertelsmann Stiftung die Einbindung von Bibliotheken in eine bildungspolitisch ausgerichtete Gesamtplanung und Koordination. Als Vorbilder könnten hier übrigens die „Bibliotheksstrategie 2010“ des finnischen Bildungsministeriums oder die britische Zehn-Jahres-Strategie dienen.

Dringende Debatte über ein Bibliotheksgesetz

Die problematische Situation der Bibliotheken in Deutschland hat stark – wenn auch nicht ausschließlich – mit dem Fehlen einer rechtlichen Grundlage für das deutsche Bibliothekswesen zu tun. Während zwei Drittel der europäischen Länder ein Bibliotheksgesetz haben, gehört Deutschland mit u.a. Malta und Luxemburg zu der Minderheit ohne eine solche Regelung. Ein solches Gesetz würde die Bibliotheken verbindlich als unverzichtbare Bildungsaufgabe und Pflichtaufgabe der Kommunen verankern und wäre somit eine entscheidende Maßnahme gegen das deutsche Bibliothekssterben.

Die EU-Länder mit einem Bibliotheksgesetz haben denn auch alle ein vorbildliches und sehr dichtes Bibliothekswesen. Allerdings: Hierzulande sinken durch den Föderalismuskompromiss der Großen Koalition die Chancen und Möglichkeiten für ein solches Gesetz auf Bundesebene gen Null. Eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes lässt sich nicht begründen. Also ist die Kreativität der Länder gefragt. Sehr erfreulich ist deshalb die Initiative des Landesverbandes Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V. für ein Bibliotheksgesetz auf Landesebene. Der im März 2006 vorgelegte Entwurf konkretisiert die besondere Bedeutung der Bibliotheken für Bildung, Kultur und Wissenschaft und für die Entfaltung der Persönlichkeit. Es ist zu hoffen, dass der Thüringische Landtag sich diese Initiative zu eigen macht und so zum ersten Vorreiter und Inspirateur für eine bundesweite „Kettenreaktion“ wird, so dass auch andere Länder ein ähnliches Gesetz verabschieden. Im besten Falle würde im Laufe des Verfahrens die Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) gemeinsame Grundsätze für eine einheitliche Bibliotheksgesetzgebung der Länder beschließen. Auch über die Möglichkeit eines länderübergreifenden Staatsvertrags, der kommunale Bibliotheken als Pflichtaufgabe rechtlich normiert, sollte nachgedacht werden. Dass ein Stopp des Bibliothekssterbens und eine positive Neudefinition der Rolle der Bibliotheken eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen voraussetzt, dürfte sowieso klar sein. Auch, dass ein Bibliotheksgesetz keine isolierte Maßnahme bleiben darf. Notwendig ist ein Maßnahmenpaket, mit dem die deutsche Bibliothekslandschaft systematisch weiterentwickelt wird und so ihrer Rolle in der Wissens- und Informationsgesellschaft gerecht werden kann. Führen wir diese wichtige Debatte mit politischem Esprit, bevor es zu spät ist und uns der „geistige Sprit“ ausgeht!